

Unsere Wünsche für 2008: Gesundheit, Frieden, Mindestlohn

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir Gesundheit. Wir wünschen Frieden und ein gesichertes soziales Auskommen. Dazu gehört der überall diskutierte Mindestlohn. Festhalten muß man: „Die Linke“ hat den „Mindestlohn-Stein“ ins Rollen gebracht. Noch im Wahlkampf 2005 waren alle anderen Bundestagsparteien gegen einen Mindestlohn. In unserer Stadt hat die SPD z.B. gegen eine Mindestlohn-Unterstützungsresolution der DKP gestimmt.

„Die Linke“ bleibt bei ihrer Forderung nach einem einheitlichen, flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro die Stunde, weil nur so das Existenzminimum gesichert werden kann. Nur so können Hunger- und Niedriglöhne verhindert werden. Es ist eine Schande, dass immer mehr Menschen trotz Vollzeitjob von ihrer Arbeit nicht leben können und auf einen steuerfinanzierten Zuschuss angewiesen sind.

Es ist genug Geld da für eine soziale Politik

Manchmal kann man nur den Kopf schütteln. Der Frontalangriff der „Volksparteien“ auf erkämpfte soziale Rechte, die Zerschlagung der Sozialsysteme unter dem verlogenen Begriff „Reform“ ist ungeheuerlich. Der Amoklauf des Innenministers zur Beseitigung demokratischer Grundrechte soll jetzt die Voraussetzungen schaffen, Gegenwehr im Keim zu ersticken. Die Propagierung „deutscher Leitkultur“, die ausländerfeindlichen Sprüche des Roland Koch sind unverantwortlich. Soll wieder „am deutschen Wesen die Welt genesen“? Deutsche Manager mit Millionenge-

hältern und dafür auf der anderen Seite Kinder, die kein Geld für's Schulessen haben?

Die Mittel für's Militär fehlen für soziale Aufgaben

Weltweit sind wieder deutsche Soldaten im Einsatz. Wir dürfen uns nicht dran gewöhnen.

Die Erfahrungen deutscher Geschichte - kennen wir sie noch? 1945: „Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus!“ Heute sollte die Forderung heißen: „Frieden für die leidgeprüften Menschen Afghanistans!“

Der vorgebliche Versuch, Terroristen mit dem „Krieg gegen den Terror“ zu bekämpfen und Frieden herzustellen, ist gescheitert. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Krieg dreht die Gewaltspirale immer weiter. Zehntausende Opfer sind unter der Zivilbevölkerung zu beklagen. Die Anzahl der terroristischen Anschläge ist gewachsen. Die Sicherheitslage für die Menschen hat sich drastisch verschlechtert. Der Mord an Benazir Bhutto in Pakistan zeigt erneut wohin die Reise geht.

Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch nicht verteidigt, sondern aufs Spiel gesetzt.

Ausgaben zur Kriegsführung fehlen in unserem Land und beim Aufbau der zerstörten Infrastruktur in Afghanistan. Das Land braucht mehr internationale Hilfe und Zivilisten für den demokratischen Wiederaufbau. Die Fremdherrschaft ist der Nährboden, auf dem der Widerstand wächst. Das mussten schon das britische Empire und die Sowjetunion erfahren. Erst im Frieden ist der Wiederaufbau möglich. R. Hechler

*„Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das Wenige genommen.
Wenn du aber gar nichts hast,
Ach so lasse dich begraben -
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben“.*

Heinrich Heine

Preiserhöhungen ohne Ende

2007 das Inflationsjahr. Es gab Preiserhöhungen ohne Ende. 2008 soll's noch teurer werden. Nicht nur ab 1. Januar, die Verbraucher müssen sich im ganzen neuen Jahr auf weiterhin steigende Preise einstellen: Strom, Gas, Heizen, Warmwasser, Benzin – alles wird teurer. Über 300 Versorger erhöhen zum Jahresbeginn die Strompreise – um bis zu 25%. Teurer wird auch das Gas zum 1. Januar, wenn ungefähr 250 Versorger den Preis um durchschnittlich etwa sechs Prozent erhöhen.

Schon im Frühjahr erwartet das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die nächste Gaspreis-Erhöhung: „Wir rechnen damit, dass März/April die Preise um nochmal 20% ansteigen werden“.

Der Mieterbund rechnet nach dem 2007er Preisanstieg für Heizung und Warmwasser mit weiteren Steigerungen um mindestens 10% : „Damit bleiben die Heizkosten wie schon in den Vorjahren Preistreiber Nummer 1 bei den Wohnkosten.“

Bleibt die Frage: muß man sich alles gefallen lassen. Oder wird es nicht langsam Zeit für unterschiedenen Widerstand?

Wir wollen ein linkes Klima in Hessen

Am 27. Januar 2008 wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Wir wollen, dass Koch zurückgedrängt wird und die „Linke“ in den Landtag einzieht. Die DKP ist gegen die ständig weiter betriebenen Privatisierungen, wir sind entschieden gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wir treten offensiv für die Erhaltung der Hessischen Verfassung ein, worin z.B. das Recht auf Arbeit und ein Verbot von Aussperrung enthalten ist. Notwendig ist die Schaffung von Arbeitsplätzen mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, ein Grundrecht auf Ausbildung muss durchgesetzt werden. Dazu gehört ein garantierter Mindestlohn. Wir wollen die Abschaffung von Studiengebühren. Es geht um eine grundlegende Veränderung der Schulpolitik mit dem Ziel, mehr Chancengleichheit zu erreichen. Wir wollen Gemeinschaftsschule und Ganztagschule.

Viele unserer Forderungen finden wir bei den Forderungen der Linkspartei zur Landtagswahl.

Fehlende Ausbildungsplätze, Kinderarmut

Wir erleben wachsende Kinderarmut in Hessen. Das ist in so einem reichen

Bundesland wie Hessen eine Schande.

Wir erleben, dass auch im letzten Jahr Hunderttausende Jugendliche auf der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz waren. Diese Situation geht einher mit dem Verlust des Selbstwertgefühls der betroffenen Jugendlichen.

Ministerpräsident Koch lässt das kalt. Um diesem Skandal ein Ende zu bereiten, haben der DGB, die GEW, ver.di, die IG-Metall-Jugend, die Landeschülervertretungen von Hessen und anderen Bundesländern, der Elternbund Hessen und der hessische Landeselternbeirat eine Initiative gestartet. Parteien und Wirtschaft sollen gezwungen werden, „ihrer Verantwortung zur Ausbildung der Jugendlichen nachzukommen.“

Koch lügt, oder er weiß nicht, von was er redet

Noch vor wenigen Wochen versprach Ministerpräsident Koch ein Nachtflugverbot. Heute popagiert er den Flughafen ausbau mit Nachtflügen und sagt „es wird leiser!“

Wer weiß, der Luftverkehr wird sich in den nächsten Jahren verdoppeln und trotzdem sagt „es wird leiser“ der lügt,

oder er weiß nicht, von was er redet. Dieser Ministerpräsident ist tief in der Schwarzgeldaffäre verstrickt; er macht erneut populistischen Wahlkampf mit Ausländerhetze. Er verdient die Abwahl.

Die linke Partei ist nur ein Teil der Linken in Deutschland. Dennoch ruhen viele Hoffnungen auf ihr, vor allem auf parlamentarischer Ebene. Die Zusammenführung linker Kräfte ist neben politisch übereinstimmenden Forderungen ein für uns wichtiges Ziel.

Bei vielen außerparlamentarischen Aktionen und in Bündnissen haben wir den Spitzenkandidaten der „Linkspartei“ Willi van Ooyen als verlässlichen Partner kennen gelernt. Mit Willi van Ooyen als einem Vertreter der Friedens- und Sozialbewegung, hat „Die Linke“ einen Kandidaten, der hessenweit bekannt ist und für die Zusammenführung linker Kräfte steht.

Deshalb unser Aufruf zur Landtagswahl: „Wählt links! Wählt die Linkspartei!“

(Das Kurzprogramm der Linkspartei auf Seite 5)

Aussteigen - es reicht !

Je näher Menschen in der Nähe eines Kernkraftwerks wohnen, desto größer ist das Risiko, an Leukämie zu erkranken. Ganz besonders betroffen sind Kinder unter fünf Jahren. Das bestätigt eine Studie, die vom Bundesamt für Strahlenschutz in Auftrag gegeben wurde. Auslöser war eine Initiative der Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), die nach einer gravierenden Häufung von Leukämieerkrankungen von Kindern in der Umgebung des AKW Krümmel im schleswig-holsteinischen Kreis Herzogtum Lauenburg Alarm schlug.

Die Studie weist nach, dass Kinder unter fünf Jahren eine um 60 Prozent höhere Krebsrate als allgemein üblich und ein um 120 Prozent erhöhtes Leukämierisiko haben. Untersucht wurden 16 Reaktorstandorte. Der

Studienzeitraum umfasst 24 Jahre. Die Aussagefähigkeit der Studie unterscheidet sich von früheren Untersuchungen durch außerordentliche Exaktheit. So wurden erstmals genaue Angaben zur Entfernung eines Wohnorts vom Reaktor und zwar sowohl für erkrankte, als auch für nicht erkrankte Kinder in einer Fall-Studie berücksichtigt. Die Studie ist die genaueste, die je in Deutschland erstellt wurde.

Die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen sieht den Zusammenhang zwischen Strahlenbelastung und Krebserkrankungen als eindeutig bewiesen. Nach Veröffentlichung der Studie erklärte sie: „Wer jetzt noch über Zufall spricht, macht sich lächerlich“ Und sie fügte hinzu: „Das im europäischen Um-

weltrecht verankerte Vorsorgeprinzip gebietet es nun, die deutschen Atomkraftwerke umgehend stillzulegen.“

Anders reagierte der Bundesumweltminister. Die Untersuchungsergebnisse, so Gabriel (SPD), ließen keine Aussage über die Ursachen der Krebshäufigkeit zu. Er sehe keinen Zusammenhang zwischen Atomkraftwerken und Leukämie.





Die DKP unserer Stadt hat eine neue Broschüre zur Geschichte des Volkshauses heraus gebracht.

Die Broschüre kostet 4 Euro und ist bei den Mitgliedern der DKP erhältlich. Bestellen kann man sie auch telefonisch unter 22362 oder 23366.

Einkaufen in unserer Stadt

Im Stadtparlament wurde darüber diskutiert, ein Handlungskonzept beschlossen.

Das Thema beschäftigt uns seit Jahren.

Die Fakten: Es gibt immer mehr leere Läden, in einigen Stadtteilen ist die Grundversorgung für ältere Menschen und Nichtautofahrer problematisch geworden. Großmärkte, auch der neu geplante in Walldorf, fressen Kaufkraft. In Weiterstadt, Egelsbach, Bischofsheim sitzen u.a. die Spezialisten für's Digitale, der neue „Superladen“ Airport-City wird bald öffnen und Käufer anziehen. Wir erleben ein zunehmendes Gegeneinander - jede Stadt hat einen eigenen Marketingbeauftragten. Das ist das System, in dem wir leben und das wir für falsch und überwindbar halten.

Dazu kommt eine Besonderheit: Der Vorsitzende der Gewerbegemeinschaft sollte eigentlich politisch überparteilich sein. Das ist Günter Schork aber nicht. Er ist ein rechter Koch-Mann. Ein Schork-Zitat belegt es: „der erforderliche Flughafenausbau muß abgesichert werden. Man muß verhindern, dass mit den neuen Linken eine Nachfolgeorganisation der SED-Verbrecher ins Landesparlament einzieht.“ Die Sprüche des „großen Vorsitzenden“ schaden halt letztlich auch dem Gewerbeverein. Sie sollten drüber nachdenken.



„Besser ein Denkmal für Bauarbeiter, als neue Kriegerdenkmäler!“

Unsere Stadt hat ein neues öffentliches Kunstwerk. Es steht neben dem Bürgerhaus, ist aus Stahl, rot und verwinkelt. Am Tag, aber auch angestrahlt in der Dunkelheit ein sehenswertes Objekt.

Das Zitat aus dem Gedicht „An die Kämpfer in den Konzentrationslagern“ von Bertolt Brecht wurde mit Wasserstrahl in den Stahl eingeschnitten und ist von den beiden Fußstapfen am Boden vor der Skulptur aus zu lesen.

Professor Ariel Auslander von der Technischen Universität Darmstadt sprach zur Einweihung. Er war Mitglied der elfköpfigen Jury, die unter 33 Vorschlägen das Werk des Künstlers Professor Gerhard Schweizer auswählte. „Nur wer den richtigen Standpunkt einnimmt, bekommt den Einblick. Diese Metapher hat mich von Anfang an fasziniert“, sagte er über die Faltenskulptur bei der Vorstellung.

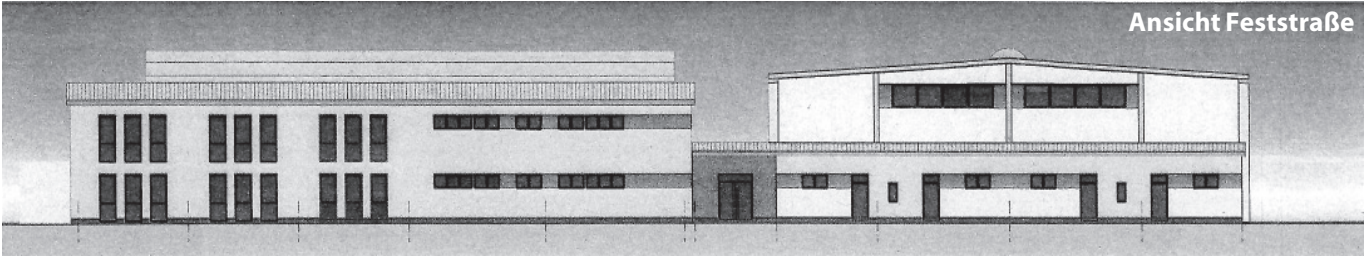
Für den Künstler Otto Schaffner passt die Skulptur nach Mörfelden, weil sie an eine rote Fahne erinnere.

„Es ist ein hervorragendes Kunstwerk, das in seiner Synthese von Anspruch und Umsetzung sehr gelungen ist“, meinte die Architektin Monika Weber-Pahl, die den Umbau des Bürgerhauses 2002 betreute.

„Das Werk ‚Verschwunden, aber nicht vergessen‘ macht die Arbeiterbewe-

gung gleich in mehrfacher Hinsicht zum Thema. Es ist nicht nur rot wie eine kommunistische Fahne, seine eckige Form erinnert an den Bauhausstil, in dem das Volkshaus 1928/1930 von den Mitgliedern des ‚Verains zur Errichtung eines Arbeitervereins‘ in Eigenarbeit gebaut wurde“, meinte Gerhard Schweizer bei der Einweihungsfeier. „Meine Bewunderung für die Architektur und Geschichte des Bürgerhauses waren eine gute Voraussetzung für meine Arbeit“, sagte er und erinnerte in seiner Rede an eine Bauarbeiter-Ehrung in den 50er Jahren, als der damalige „Singkreis der Naturfreunde und Gewerkschaften“ Brechts Gedicht „An die Kämpfer in den Konzentrationslagern“ im Turnsaal des alten Volkshauses rezitierten. Damals waren noch viele Bauarbeiter, die beim Bau mitgewirkt hatten, am Leben. In der Zeit des Faschismus wurde der Verein enteignet, viele seiner Mitglieder verfolgt.

Auf Antrag der DKP hatte die Stadtverordnetenversammlung 2002 beschlossen, am Bürgerhaus ein Kunstwerk aufzustellen, das an die Geschichte des Volkshauses und seiner Erbauer erinnert. Die DKP/Linke Liste erklärte: „Wir sind stolz auf das Denkmal für die Bauarbeiter, in einer Zeit, wo man in Berlin wieder über Kriegerdenkmäler nachdenkt.“



Die Turnhalle kann endlich gebaut werden

Im Breiten- und Freizeitsport sind in den letzten Jahrzehnten enorme Veränderungen eingetreten, die den Bedarf an Sporthallen gewaltig erhöht haben. Grundsätzlich ist diese Entwicklung zu begrüßen. Die Krankenkassen, das Gesundheitsministerium und die Medien werden nicht müde, die Bürger und gerade die Kinder zu mehr Sport und Bewegung aufzurufen. Die SKV-Mörfelden meldete deshalb schon sehr früh mehr Bedarf an Turnhallen-Nutzungszeiten an.

Wir unterstützten und förderten die Initiativen für eine neue Turnhalle von Anfang an. Von Juni 2002 bis heute sind in dieser Zeitung sieben Artikel zur Information über dieses Thema und zur Unterstützung der Forderungen des Vereins erschienen.

Bei einer Rundfrage bei den Mörfelder und Walldorfer Vereinen erfuh-

ren wir, dass in beiden Stadtteilen zusätzlicher Hallenbedarf besteht. In vielen Sitzungen des Vereins, aber auch in den politischen Gremien der Stadt stand das Thema auf der Tagesordnung. Viel Überzeugungsarbeit musste geleistet werden. Die DKP machte sich im Stadtparlament für einen Neubau stark und stellte im Dezember 2002 und im April 2005 hierzu Anträge, die beschlossen wurden und von der Stadt positive Unterstützung forderten.

Da der Kreis nur bereit war, nach dem Abriss der kleinen Schulturnhalle, wieder eine Einfeldhalle zu errichten und die Stadt nicht gewillt war, trotz Hallenplatzmangel, für mehr Sporthallenkapazität zu sorgen, ist die SKV als Bauherr eingespungen. Dafür ist dem Vorstand der SKV zu danken. Der Verein übernimmt hiermit eine Aufgabe, die im Grunde genommen von der Stadt zu leisten wäre. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten im alten Jahr wurden wesentliche Grundlagen dafür getroffen, dass die SKV-Mörfelden neben der Kurt Bachmann Halle eine Zweifeld-Sporthalle inklusiv Zusatzgebäude errichten kann. Die Kosten des Bauvorhabens werden auf 2,5 Millionen Euro geschätzt. Der Kreis bezuschusst den Neubau mit 900.000 Euro, d. h. nur mit der Summe, die er für eine neue Schulturnhalle hätte ausgeben müssen. Dafür wurde für die neue Halle eine Schulnutzung vereinbart. Der Zuschuss der Stadt beträgt gemäß der Zuschussrichtlinien 500.000 Euro, leider gestreckt auf 10 Jahre, was für den Verein sehr ungünstig ist. Hinzu kommen noch der bereits beantragte Zuschuss des Landes, der evtl. bei 200.000 Euro liegt. Den Rest muss der Verein alleine schultern. Dies ist eine große Aufgabe, zumal der Verein für alle Nebenkosten (Heizung, Strom, Wasser, Abwasser, Reinigung und

Hausmeister, sowie Kosten für die Erbpacht des Grundstückes) und für die Folgekosten (Reparaturen) aufkommen muss.

Mit dem Bau einer neuen Turnhalle in Mörfelden mit zweigeschossigem Mehrzweckgebäude für Fitness und gesundheitsorientierte Kurse werden vorhandene Engpässe im Hallensport abgebaut.

Endlich wird die Ausweitung des bisherigen Sportangebotes durch die Abteilungen und der Abbau von Wartelisten für Kinder und Jugendlichen u. a. beim Radsport, Kinderturnen, Jazz-Tanz und beim Trampolinturnen möglich und können neue Gruppen z. B. für altersgerechte Senioren-Gymnastik gebildet werden. Wenn nach der erfolgten Bestätigung der finanziellen Zuschüsse und der Grundstücksfragen durch Kreis und Stadt auch der Zuschuss des Landes festliegt und wenn die Mitglieder dem gesamten Konzept in der Jahreshauptversammlung zustimmen, kann mit dem Bau Mitte 2008 begonnen werden.

Heinz Hechler

„blickpunkt“
November 1969
bis
Dezember 2007

**Digitale
Stadtgeschichte
von links**

Die „blickpunkt“-Redaktion hat eine „Digitale Stadtgeschichte von links“ hergestellt. Auf einer DVD gibt es die „blickpunkt“-Ausgaben von November 1969 bis Dezember 2007. Für 20 Euro erhältlich. Telefon 23366 oder 22362.

Auch zum Jahreswechsel haben wir von Leserinnen und Lesern Spenden erhalten, die uns helfen den „blickpunkt“ weiter herauszugeben. Herzlichen Dank!

Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!



**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse
Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553**

7 Punkte für soziale Gerechtigkeit in Hessen

1. Wir schlagen ein Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« vor. Damit möchten wir 25.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und Kitas, Schulen und Hochschulen ausbauen. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr stärken und gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut, vorgehen. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro, ein hessisches Tariftrugesetz und die Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse. Damit, wer arbeitet, auch von seiner Arbeit leben kann. Menschen mit niedrigem Einkommen sollen eine »HessenCard« erhalten, mit der sie öffentliche Verkehrsangebote, Kultureinrichtungen, Kitas sowie Schulspeisung und Lernmittel kostenlos nutzen können.

2. Wir fordern mehr soziale Gerechtigkeit in ganz Deutschland. Wir machen Druck auf die Große Koalition in Berlin. Dieser Druck wirkt. Das zeigen die Debatten in der SPD zu Mindestlohn und Arbeitslosengeld. Darum fordern wir die Rücknahme der Agenda 2010 sowie der Rente mit 67. Hartz IV muss weg! Wir brauchen Regelungen, die ein würdevolles Leben, auch im Alter, ermöglichen! Wir streiten für soziale Verbesserungen in der Arbeitswelt – die Rücknahme von Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst, die Verteidigung von Mitbestimmungsrechten und die Durchsetzung humanerer Ladenschlusszeiten.

3. Wir engagieren uns für Chancengleichheit in der Bildung: Wir wollen die Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen und viele von ihnen danach das Abitur ablegen und studieren können. Wir sind kategorisch gegen Studiengebühren. Denn Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Auch die Qualität des Unterrichts muss verbessert, Berufsschulen ausgebaut und Weiterbildung gesetzlich gefördert werden. Kochs Programm »Unterrichtsgarantie Plus« von Laienlehrern lehnen wir ab. Auch unter Dreijährige müssen einen bezahlbaren Platz in Kindertagesstätten haben. Denn öffentliche Investitionen in Bildung, Erziehung und Ausbildung entscheiden Hessens Zukunft.

4. Öffentlich muss bleiben, was wichtig für alle ist. Wir sind gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen. Hessen soll diese, insbesondere in der Energie- und Wasserversorgung, bei Wohnraum, Transport, Verkehr wie auch im Bildungs- und Gesundheitswesen, sozial und ökologisch sinnvoll entwickeln. Wir vertreten eine ökologische Politik, die nicht nur Besserverdienern nützt: der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut, die energetische Gebäudesanierung gefördert und regenerative Energien verstärkt eingesetzt werden. Biblis A muss sofort stillgelegt und das Kohlekraftwerk Staudinger verhindert werden. Den Flughafenausbau in Frankfurt und in Kassel-Calden lehnen wir aus ökologischen wie gesundheitlichen Gründen ab. Wir sind gegen Gentechnik in der Landwirtschaft und für ökologische Landbau und nachhaltige Forstwirtschaft.

5. Wir setzen auf mehr Demokratie und direkte Bürgerbeteiligung: Bürgerbegehren und Volksentscheide sollen gesetzlich erleichtert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist uns sehr wichtig. Auch deshalb fordern wir

bedarfsdeckende Ganztageseinrichtungen für Kinder. Frauen sind an allen Gremien, Aufsichtsräten und Entscheidungsorganen Hessens zu beteiligen. Wir brauchen gleiche Rechte für Menschen mit Migrationshintergrund und wenden uns gegen Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen oder aufgrund ihrer Lebensweise bzw. sexuellen Identität. Entschieden kämpfen wir gegen Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus.

6. Wir wollen eine friedliche, wirtschaftlich und sozial gerechte Entwicklung in Europa und der Welt. Damit auch Hessen lebenswert und friedlich bleibt. Wir treten für eine Friedenserziehung an Schulen ein, für Toleranz und Akzeptanz gegenüber allen Menschen unabhängig von ihrer religiösen und ethnischen Herkunft. Deutsche Soldaten haben im Ausland nichts verloren. Wir kämpfen mit der Friedensbewegung gegen die zunehmende Militarisierung deutscher Außenpolitik. Hessische Flughäfen dürfen nicht für Militäreinsätze missbraucht werden!

7. Unsere Vorschläge sind finanzierbar. Bereits jetzt sind die Haushaltseinnahmen höher, als die hessische Regierung erwartet hatte. Wir werden zudem den Haushalt umschichten. Unser Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« trägt sich durch Mehreinnahmen an Steuern und Sozialabgaben teilweise selbst. Sparen auf Kosten der Bevölkerung lehnen wir ab. Konzerne, Reiche und Spitzenverdiener wollen wir wieder zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranziehen. Darum fordern wir Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschafts- und Unternehmenssteuern und zur Erhöhung der Spitzensteuersätze.



Die Ablehner

Die SPD-Grüne-Koalition schaffte einen neuen Rekord. Neun Anträge hatte die DKP/LL-Fraktion zum Haushalt 2008 gestellt. Acht davon wurden abgelehnt!

Transparent am Wasserturm erneuern

... der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen - auch den Grünen - abgelehnt!
Am Tag der Stadtverordnetenversammlung wurde auch der Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau verkündet. Wir forderten den Protest gegen Flughafenerweiterung im Januar - abgelehnt!

Mehr Geld für den Stadtpass einplanen

... der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Keine Prüfung, ob Zuschüsse zu den „Kosten der Unterkunft“ und zumindest für den innerörtlichen Öffentlichen Personennahverkehr möglich sind.

Planungskosten für das Mörfelder Jugendzentrum einstellen

... der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Sozialen Wohnungsbau wieder aufnehmen

... der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Müllabfuhr rekommunalisieren

... der Antrag wurde von SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Zugleich beschlossen sie eine erneute Erhöhung der Müllgebühren!
Eine Prüfung, wie Einsammlung und Transport des Hausmülls wieder von der Stadt übernommen werden kann, findet nicht statt.

Radwegbau verstärken

... der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Förderung alternativer Energiegewinnung verstärken

... der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Mittel für Wirtschaftsförderung streichen

... der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

In unserer Stadt hatten wir schon unterschiedliche Koalitionen. Zur Zeit wieder mal SPD und Grüne. Und die lieben Grünen fallen bei Themen um, die man eigentlich als „grüne Themen“ ansah.

Da wir das Spiel schon lange kennen, wissen wir auch: Es ist eine altbekannte SPD-Spezialität - erst mal ablehnen - später taucht dann die eine oder andere Initiative bei den eigenen Anträgen wieder auf. Und die Grünen machen es mit. Ganz redlich ist das natürlich nicht - man hofft halt darauf, die „Leut“ werden es schon nicht merken!“. Wir werden sie aber schon dran erinnern - das ist sicher.

Barrierefreier Zugang zum „Goldenen Apfel“

... der Antrag der DKP / Linke Liste wurde einstimmig beschlossen. Von der Verwaltung wurde auf begrenzte Möglichkeiten wegen „Denkmalschutz“ verwiesen.

Kinderarmut ist ein Skandal

Der DGB-Landesvorsitzende Stefan Körzell hat die wachsende Kinderarmut in Hessen als Skandal bezeichnet. Inzwischen würden 138.000 Kinder im Land in Armut leben, sagte Körzell in Frankfurt.

„Das ist in so einem reichen Bundesland wie Hessen eine Schande.“

Zudem gebe es 63.000 Arbeitnehmer, die ihre Löhne mit Sozialleistungen aufstocken müssten, damit es für sie und ihre Familien zum Leben reiche.

Essenszuschuss kommt

Ab dem 1. Januar 2008 gibt es einen Essensgeldzuschuss für Kinder aus bedürftigen Familien zur Teilnahme am Mittagessen in der Bertha-von-Suttner-Schule. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss einstimmig den dahingehenden Magistratsantrag. Gut, dass es den Stadtpass gibt. Die Fraktion der DKP/LL hatte ihn im vergangenen Jahr durchgesetzt. Man merkt, dass er hilft. Weitergehende Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben allerdings auf der Tagesordnung: Hartz IV muss weg - der Mindestlohn, Arbeit von der man leben kann, muss her.

Arbeitslosengeld 2 Jetzt Widerspruch einlegen!

Die IG Metall hat Rechtsschutz für eine Verfassungsbeschwerde gegen die Höhe der Regelleistung des Arbeitslosengeldes 2 gewährt. Nun muss die grundsätzliche Vereinbarkeit der pauschalierten Leistung mit dem individuellen Anspruch auf Sicherung des Existenzminimums überprüft werden. Wenn die Karlsruher Richter den Alg 2-Regelsatz für verfassungswidrig erklären, muss der Gesetzgeber eine Regelung nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgericht treffen, die dann für die Zukunft gilt. Gleichzeitig kann das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil auch feststellen, dass Arbeitslose einen Anspruch auf Nachzahlung des zu niedrig bemessenen Arbeitslosengelds 2 haben. In der Regel gilt eine Nachzahlungspflicht nur für Arbeitslose, die rechtzeitig Widerspruch gegen den Alg 2-Bescheid eingelegt haben und deren Bescheide somit noch nicht bestandskräftig sind.

Damit Bezieher von Arbeitslosengeld 2 ihre Rechte auf Nachzahlung wahren, muss gegen jeden neuen Bescheid, der die Höhe der Regelleistung betrifft, Widerspruch eingelegt und das Ruhen des Verfahrens beantragt werden. Musterschreiben und fachliche Unterstützung für den Widerspruch gibt es bei allen Verwaltungsstellen der IG Metall. JH

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



Ausgekochter Landeschef - abgekochte Bürger!

Am 16. März 2006 sprach Roland Koch im Bürgerhaus Mörfelden. Die DKP / Linke Liste schrieb auf ihre Protestschilder „Ausgekochter Landeschef - abgekochte Bürger!“.

Genau so ist es eingetreten. Koch und seine Regierung haben die Bürgerinnen und Bürger mit dem Nachtflugverbot regelrecht betrogen.

Berücksichtigt hat er die Interessen der Airlines, der Banken und Konzerne des Rhein-Main-Gebietes.

Koch hat immer wieder verkündet: „Kein Nachtflugverbot ohne Ausbau - kein Ausbau ohne Nachtflugverbot!“ und den betroffenen Bürgern eingehämmert, sie müssten den Ausbau hinnehmen, umsonst gäbe es die nächtliche Ruhe nicht. Nun soll der Ausbau kommen, ohne Nachtflugverbot und mit größeren Waldverlusten als bei der Startbahn 18 West. Für die Fraktion der DKP/LL erklärte dazu Rudi Hechler in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Dezember: „Heute, kurz vor Weihnachten - in Wiesbaden gibt es schon Parlamentsferien - hat man die Planfeststellung eingebracht. Schon ein halbe Stunde später machte die Fraport-

Aktie an der Börse einen Sprung von 1,5%. Die Landesregierung will jetzt in der sogenannten Mediationsnacht 17 Flüge genehmigen. Das heißt: alle 21 Minuten werden wir geweckt. In der eigentlichen Nacht, zwischen 22 und 6 Uhr können 150 Flüge stattfinden. Was noch drinnen steckt: Bald sollen 700.000 statt wie jetzt 489.000 Flüge stattfinden. Trotzdem sagt Koch, es würde leiser. Wer so etwas sagt, ist entweder einfältig oder ein bewußter Lügner.“

Klagen gegen den Ausbau

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und viele Kommunen werden gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Frankfurter Flughafens Klage erheben. „Die Rechtsfehler liegen auf der Hand. Täuschen und Tricksen beim Nachtflugverbot darf keinen Erfolg haben“, bekräftigte Vorstandssprecherin Brigitte Martin vom BUND. Sie kritisierte die vom Ausbau hervorgerufene Zunahme der Lärmbelastung am Tag und in der Nacht, die völlige Ignoranz gegenüber dem Klimaschutz und die gewaltige Naturzerstörung durch den Flughafenausbau. „Es ist ein Hohn und Zeugnis der Unverlässlichkeit der Politik, dass jetzt sogar noch 40 Prozent mehr Wald vernichtet werden sollen als für die Startbahn West“, so der BUND weiter

mit Hinweis auf das damals gegebene Versprechen, für den Flughafen keinen Wald mehr zu roden.

Bei der Landtagswahl kann man auch protestieren

Politik und Wirtschaft setzen weiterhin knallhart auf Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die in 143.000 Einwendungen und sechs Monaten Erörterung vorgebrachten Argumente zu Gesundheitsschäden durch Lärm und Schadstoffe, Entwicklungsstörungen der Kinder, Zerstörung der Natur und der Erholungsräume, der Entwertung von Immobilien und vielem mehr, alles wird weggewischt. Dieser Ministerpräsident und die ihn tragende Partei haben ihre Wähler belogen, betrogen, verraten. Sie handeln nicht, wie im Amtseid geschworen, zum Wohl des Volkes. Von Verantwortungsbewusstsein gegenüber heutigen und kommenden Generationen angesichts des auch in Hessen schon angekommenen Klimawandels keine Spur.

Mittlerweile sollte es jeder wissen: CDU, FDP und SPD wollen in Wiesbaden den weiteren Ausbau.

Es gibt keine Antworten, wie die Verdoppelung des Flugverkehrs in Zukunft ertragen werden soll. Der Protest wird also zu Recht weitergehen. Auch bei der Landtagswahl.

Stadtgeschichten



Gut, dass manche Leute auf der Rückseite alter historischer Bilder vermerkt haben, wann und zu welchem Anlass das Foto entstand. So ist es möglich zu berichten, dass die 14 jungen Frauen auf unserem heutigen Foto Teilnehmerinnen der Walldorfer „Kochschule“ waren. Hierbei handelte es sich um eine Fortbildungsschule im Anschluss an die achtjährige Volksschule. Der Unterricht dauerte drei Jahre und fand einmal pro Woche vormittags statt. Auf dem Stundenplan standen Kochen, Handarbeit, Rechnen und Volkswirtschaftslehre / Sozialkunde. Die hauswirtschaftlichen Fächer wurden von der Lehrerin Frau Stotz unterrichtet. Die übrigen Stunden hielt der Walldorfer Lehrer Freund. Das Foto entstand im Hof der Schule in der Langstraße (später alte Bürgermeisterei) am 18. März 1931 und zeigt die Schülerinnen des Jahrgangs 1914. Sie hatten den Fortbildungskurs bereits beendet und ihr Abschlusszeugnis in der Tasche. Die Kurse wurden angeboten, um Mädchen, die keinen Beruf erlernen konnten oder auch keinen erlernen durften, auf die zukünftigen Aufgaben in der Familie vorzubereiten. Nicht wenigen Mädchen war auch diese Weiterbildung verwehrt, da sie zu Hause in der Landwirtschaft gebraucht wurden. Damals war die, aus der Kaiserzeit überlieferte, traditionelle Orientierung der Frauen auf die drei „K“ (Kinder, Küche, Kirche) noch stark verbreitet. Bei der ärmsten Schicht der Bevölkerung hielt sie sich lange, was von der konservativen Politik auch so gewünscht war.



Auf dem Foto sehen wir von links, vordere Reihe: Leni Emmel, Lieschen Müller, Therese Cezanne, Lehrerin Frau Stotz, Adelheid Reviol, Adelheid Jourdan, Johanna Wohlfahrt. Hintere Reihe: Anna Tron, Lorchen Meile, Toni Bethäuser, Lisette Pons, Luise Neumer, Kätchen Steckenreiter, Greta Becker, Greta Coutandin.



KulBa

14. Januar
„Der kleine König Dezember“
Hörbuchabend - Beginn: 20 Uhr

17. Januar
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend - Beginn: 20 Uhr

18. Januar
Vortrag über Simone de Beauvoir
Referentin: Suzanne Bohn - Beginn: 20 Uhr

26. Januar
Reggae-Party mit DJ Agunyo
21-2 Uhr - Eintritt: 4 Euro

30. Januar
**„Die Sudetendeutschen
und ihre Landsmannschaft“**
Lesung und Vortrag mit Erich Später
Beginn: 20 Uhr

13. Februar
Film: „Geh und sieh“
Drama, UdSSR 1986.
Letzter Teil der Anti-Revisionismus-Reihe
Beginn: 20 Uhr - Eintritt frei

21. Februar
Rettet das Vinyl
Schallplattenabend - Beginn: 20 Uhr

23. Februar
Karaoke-Night
Öffnung ab 20 Uhr - Singen ab 21 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der is net uff
de Kobb gefalle,
der rischt die Ferz
im Dunkele.